

Foto: © Akshay Mahajan, flickr, cc 2.0



## Straßenhändlerinnen in Indien: Wir sind viele

„Wer ist denn der Arbeitgeber?“ Und: „Gegen wen wollen diese Leute denn kämpfen?“ Das waren zwei der häufigsten Einwände gegen die Gründung einer Gewerkschaft für selbständig erwerbstätige Frauen. Indiens Behörden reagierten zunächst ablehnend, doch aus menschenrechtlicher und sozialpolitischer Perspektive liegt nichts näher als diese Form von Gewerkschaft. Heimarbeiterinnen, Straßenverkäuferinnen, Hausangestellte und Landarbeiterinnen leisten einen wesentlichen Beitrag zur indischen Wirtschaft. Die meisten aber haben keinerlei soziale Sicherheit und keinen Zugang zu geregelten Bankleistungen; von der Arbeitsgesetzgebung sind sie gar nicht erfasst. Ganz im Gegenteil: Straßenhändlerinnen wurden von der Polizei sogar belästigt und zu Kriminellen gestempelt, auch wenn ihre Produkte – Blumen, Obst, Gemüse, kleine Haushaltsartikel –

den Menschen willkommen sind. „Eine Gewerkschaft muss nicht gegen jemanden kämpfen, sie kann für jemanden und für etwas kämpfen – allen voran für die Rechte der Arbeiterinnen“, erklärte die Anwältin Ela Bhatt. Sie setzte sich durch. 1972 wurde SEWA (Self Employed Women's Association) als Gewerkschaft registriert. In der indischen Nationalsprache Hindi bedeutet Sewa zugleich „Dienst für den anderen“.

„Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, wenn wir eine echte Entwicklung anstreben“, betont die Gründerin. „Wir können die Armut nicht beseitigen, solange wir den Armen kein Mitspracherecht gewähren.“ Für sie stehen die Allerärmsten – und damit die Frauen – im Zentrum. Sie führen den Kampf gegen ihre Rechtlosigkeit und Armut selbst. Für SEWA bedeutet das größtmögliche

Weiter auf Seite 2



### Inhalt

#### Titel

- | Straßenhändlerinnen in Indien:  
Wir sind viele ..... S.1
- Informeller Sektor ..... S.2

#### Kommentiert

- | Ein Gespür für Lebenslagen ..... S.2

#### Vorgestellt

- | Ela Bhatt; Maja Raubeck ..... S.3

#### Aus der Arbeitswelt

- | Die Armen kaufen teurer ein ..... S.4
- | Die Angst vorm Busfahren ..... S.5
- | Prekär ist tödlich ..... S.6

#### Aus den Projekten

- | Was Betriebsräte wissen;  
T-Shirts mit Würde ..... S.7

#### Notiert

- | Ökologie in Belém; Platz am Tisch;  
Faires Kicken 2010 ..... S.8
- | Terminhinweis,  
Impressum ..... S.8

Fortsetzung von Seite 1

Demokratie innerhalb der Organisation; die Mitglieder äußern ihre Anliegen selbst und definieren ihre Ziele. Ela Bhatt gibt offen zu, wieviel sie selbst von diesen Frauen über Armut und deren rechtliche wie gesellschaftliche Ursachen gelernt hat.

Foto: © Pablo Pecora, flickr, cc 2.0




Informell ist arbeitsintensiv: Frau beim Knoblauchsortieren

SEWAs Geschichte ist ein langwieriges Ringen um die Rechte der selbstständig arbeitenden Frauen. Vor allem musste rechtlich geklärt werden, wo sie wann tätig sein durften. Frauen im gleichen Gewerbe, etwa Milchproduzentinnen oder die Erzeugerinnen traditioneller Textilien und handwerklicher Produkte, organisierten sich in Kooperativen. Dadurch können sie sich gegen die Übervorteilung durch Mittelsmänner zur Wehr setzen. Bereits 1974 wurde die SEWA-Bank gegründet, die den Frauen Spar- und Mikrokreditprogramme anbietet und sie damit aus der Abhängigkeit von Geldverleihern und Wucherern erlöst. Insgesamt sind die Frauen bei der Rückzahlung ihrer Mikrokredite äußerst verlässlich. Doch immer wieder zeigt sich, wie schnell selbst die seriöseste Kleinstunternehmerin vor dem Nichts steht, wenn sie krank wird oder wenn ihr Mann erkrankt oder stirbt. Medikamente, Arzt- und Krankenhausrechnungen sowie Transportkosten können in kürzester Zeit eine Existenz gefährden. Auch Unruhen und Naturkatastrophen bedrohen das Überleben. Schrittweise hat SEWA ein Versicherungspaket entwickelt, das heute Tod und Krankheit, Unfälle sowie Geburts- und Neugeborenenbeihilfe umfasst. Auch Schäden am Haus und an den für die Arbeit erforderlichen Werkzeugen und Maschinen infolge von Unwettern, Naturkatastrophen oder Unruhen sind jetzt versichert. Wie die Dienstleistungen der Bank ist auch das Versicherungssystem unbürokratisch und transparent. „Wir sind arm, aber wir sind so viele“ lautet der Titel des Buches, in dem Ela Bhatt über ihre Erfahrungen mit SEWA berichtet. Organisiert hat die Gewerkschaft inzwischen beinahe eine Million selbstständige Frauen. Sie ist die größte Gewerkschaft informeller Arbeiterinnen weltweit. Auch wenn noch viel mehr so arm sind.

Brigitte Voykowitsch

 Die Autorin ist freie Journalistin in Österreich

 Weitere Informationen: [www.sewa.org](http://www.sewa.org); [www.nord-sued-netz.de/de/materialien-downloads/index.php](http://www.nord-sued-netz.de/de/materialien-downloads/index.php)


Kommentiert

## Ein Gespür für Lebenslagen

Mehr als 90 Prozent der Beschäftigten in Indien arbeiten im informellen Sektor – und noch immer ist keine soziale Absicherung für sie in Sicht. Die Self Employed Women's Association (SEWA) hat dies schon Mitte der siebziger Jahre erkannt. Die Vielzahl der indischen Gewerkschaften – jede größere Partei hat ihre eigenen – war damals weit davon entfernt, den informellen Sektor als Problembereich zu identifizieren. Heute erklären die etablierten Gewerkschaften, auch sie organisierten informell Beschäftigte. Doch wenn man nachhakt, bleiben die Angaben über Mitglieder und konkrete Initiativen vage. Bis zuletzt haben sie versucht, SEWA aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) herauszuhalten. SEWA organisiere ja Selbständige, führe keine Tarifverhandlungen und sei eher eine Nichtregierungsorganisation, hieß es. Das ließ sich schnell wider-



Foto: © DGB

Ingrid Sehrbrock

legen. Seit 2006 gehört SEWA zum IGB, was im eigenen Land erheblich zur Reputation beiträgt. SEWA hat es auf eine beispielhafte Weise verstanden, ihren Mitgliedern, von denen die Mehrheit weder lesen noch schreiben kann, Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen zu geben. Die Funktionärinnen sind gehalten, zeitweise mit den Mitgliedern zu leben, um ein Gespür für die Lebenslagen der Menschen zu entwickeln. Von dort bringen sie immer wieder neue Ideen mit: das Angebot eines Safes, die Möglichkeit Kleinstbeträge zu sparen, die von Mitgliedern eingesammelt werden, Alphabetisierungskurse, die die Frauen mobiler machen, weil sie sich dann das Busfahren ohne fremde Hilfe zutrauen. Die Ehemänner, oft skeptisch gegenüber der Organisation, stellen früher oder später fest, dass auch sie von SEWA profitieren, weil sie mitversichert sind, weil die Frauen Darlehen erhalten und weil in Notlagen SEWA oft genug einspringt. Ohne ein soziales Sicherungssystem wird Indien den Sprung in den Kreis der erfolgreichen Schwellenländer nicht schaffen. SEWA hat dazu, gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, Vorschläge eingebracht. Und eine weitere Großbaustelle ist offen: ein Bildungssystem, das allen Kindern faire Chancen eröffnet. Das DGB Bildungswerk unterstützt dabei SEWA bei ihrer Arbeit. Gemeinsam werden die Bildungsangebote für die Arbeitnehmerinnen ausgebaut: Trainings- und Ausbildungsprogramme zu Alphabetisierung, Arbeits- und Sozialrecht und Computeranwendung werden ebenso organisiert wie die Produktion von eigenen Radioprogrammen und Videos.

Ingrid Sehrbrock

 Die Autorin ist stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

### Informeller Sektor

Mit dem Begriff des informellen Sektors oder der informellen Wirtschaft erfasst die Volkswirtschaftslehre diejenigen Wirtschaftsbereiche, die sich ganz oder teilweise der statistischen, regulatorischen und damit meist auch der steuerlichen Erfassung durch den Staat entziehen. Der informelle Sektor schließt die wirtschaftlichen Aktivitäten von Menschen außerhalb formell geregelter Sektoren (formeller Sektor) ein und zeichnet sich meist durch folgende Eigenschaften aus: arbeitsin-

tensive Produktionsformen, die Verwendung einfacher Techniken und Technologien, geringe berufliche Qualifikation, kleine Betriebsgrößen, Verarbeitung meist einheimischer Rohstoffe, das Fehlen von arbeits- und sozialrechtlichem Schutz und vergleichsweise schlechte Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Der informelle Sektor stellt also einen spezifischen Querschnitt der klassischen drei Sektoren (Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen) dar. (aus: „...die im Schatten sieht man nicht.“ Broschüre über den informellen Sektor in Indien, DGB Bildungswerk 2007, S. 7)



Ela Bhatt

## Anspruch auf Würde

Warum haben die Vereinten Nationen keinen Erfolg im Kampf gegen die Armut? Für Ela Bhatt liegt die Antwort auf der Hand: „Weil die Armen bis heute nicht unsere Priorität sind“ – trotz hochrangig besetzter Konferenzen, großartiger Regierungserklärungen und ehrgeiziger Ziele. Ela Bhatt übt diese Kritik nicht nur bei Demonstrationen und gegenüber der Presse. Sie spricht auch vor Staatschefs Klartext, wie im September vor der UNO-Generalversammlung in New York. Ela Bhatt äußert sich stets offen und direkt. Doch sie bleibt ruhig. Als Gandhianerin lehnt sie Aggression und Militanz ab.

Wahrheit, Friede, Gewaltlosigkeit – die Werte von Mahatma Gandhi, dem großen indischen Freiheitskämpfer, prägten Ela Bhatt von Jugend an. Sie wurde 1933 geboren, drei Jahre, nachdem Gandhi beim Salzmarsch das Salzmonopol der britischen Kolonialherren bewusst gebrochen hatte und deswegen verhaftet worden war. Ela

Bhatt's Großvater mütterlicherseits hatte am Salzmarsch teilgenommen. Einige Jahrzehnte später stellte sie selbst ungerechte, menschenunwürdige Gesetze in Frage. Die Tochter eines erfolgreichen Anwalts studierte ebenfalls Jura und wurde 1955 als Rechtsexpertin in der von Gandhi gegründeten Textilarbeitergewerkschaft tätig. Bald jedoch erkannte Ela Bhatt die Grenzen der Gewerkschaft. Mehr als 90 Prozent der Werkstätigen in Indien sind im so genannten informellen Sektor tätig – ein Begriff, den Ela Bhatt als abwertend und herablassend empfindet. Sie spricht von Selbständigen oder selbständig Erwerbstätigen, die seit Jahrtausenden das Rückgrat der indischen Wirtschaft ausmachen, ganz gleich, wie groß oder klein ihr Unternehmen ist. Auch die Kleinstunternehmer und -unternehmerinnen haben einen Anspruch auf ihre Würde und ihre Rechte: Das war das Motiv für die Gründung von SEWA – der Vereinigung selbständig erwerbstätiger Frauen – im Jahr 1972. Das ist die Botschaft, die die in-



Foto: © David Karp/AP Images

Ela Bhatt

zwischen vielfach ausgezeichnete Ela Bhatt heute weltweit verkündet.

Brigitte Voykowitsch

Maja Raubeck

## Sprung ins Netzwerk

Maja Raubeck's Traum ist das Skispringen. Aber ihr Knie will nicht mehr. Aus der Dresdener Göre hatten DDR-Sportfunktionäre frühzeitig eine Turmspringerin gemacht. Schon mit sieben Jahren bewältigte sie ein enormes Tagespensum: aus der Schule in die Schwimmhalle, Trockentraining, Sprünge ins Schaumgummibecken. „Bis sieben-einhalb Meter“ skizziert die 32-jährige ihre Sportkarriere. Mit 13 hörte sie auf, wegen der Gesundheit. Für den Leistungssport hätten ihre Beine operiert werden müssen.

Nach der Realschule begann Maja Raubeck eine Ausbildung als Sozialversicherungsfachangestellte. Die Prüfung bestand sie nicht: „In der Praxis konnte ich alles machen, in der Theorie lief gar nichts.“ Nach einer Reihe befristeter Jobs wurde sie bei dem weltweit tätigen Automobilzulieferer Mahle in Fellbach als Zeitwirtschaftsbeauftragte eingestellt und bald als IG Metall-Mitglied gewonnen. Seit 2003 ist sie Vertrauensfrau, seit 2006 in der Vertrauenskörperleitung, außerdem Ersatzmitglied im Mahle-Betriebsrat. Jetzt engagiert sie sich in einem weiteren Ehrenamt: als Richterin am Arbeitsgericht in Stuttgart.

Ein Streik bei Mahle im brasilianischen São Bernardo do Campo brachte Maja Raubeck zur weltweiten Gewerkschaftsarbeit. Drei Mitarbeiter waren 2004 unter einem Vorwand entlassen worden. Ein Arbeitsgericht erklärte den Streik für illegal. Daraufhin wurde die komplette Gewerkschaftsführung des Werks auf die Straße gesetzt. Diese Vorgänge wurden bei Betriebsversammlungen in Deutschland aufgegriffen. Vertrauensleute sammelten Unterschriften, der Mahle-Gesamtbetriebsrat und der Europäische Gesamtbetriebsrat schalteten den Internationalen Metallgewerkschaftsbund (IMB) ein. Der forderte die Konzernleitung auf, Gewerkschaftsrechte zu respektieren.

Wenig später wurden die Entlassenen wieder eingestellt. Seitdem knüpfen Gewerkschafter ein Netzwerk zwischen Brasilien und Deutschland. Maja Raubeck beginnt, neben ihrem Fernstudium zur Bilanzbuchhalterin Portugiesisch zu lernen. E-Mails müssen übersetzt, Kontakte gepflegt werden. Ein Bild prägte sich ihr beim Besuch in Brasilien besonders ein: Das stacheldrahtgesäumte Mahle-Werk in Indaiatuba. „Wie in der DDR“, sagt sie. Erst nach eineinhalbstündigem Hin und



Foto: © Joachim E. Röttgers

Maja Raubeck

Her habe die Werkleitung die Delegation schließlich eingelassen.

Thomas Kinzel

 Der Autor ist freier Journalist in Stuttgart





# Die Armen kaufen teurer ein

**Wie hoch der Mindestlohn sein muss, wird in Uruguay anhand eines Warenkorbs berechnet. Was dort hinein kommt, ist jedoch in den Vierteln der Armen am teuersten.**

Keiner blickt richtig durch. Allzu reichhaltig ist das Angebot an „Brotkörben“, mit denen Grundbedürfnisse erfüllt und Mindestlöhne berechnet werden können. Ausgerechnet die unternehmerfreundliche Wochenzeitung „Busqueda“, die sonst eher für Lohndisziplin die Werbetrommel rührt, errechnete den höchsten Preis: ihr „familiärer Warenkorb“ kostet etwas mehr als umgerechnet 1.100 Euro. Bescheiden nimmt sich dagegen die Forderung auf einem Transparent des gewerkschaftlichen Dachverbandes PIT-CNT aus: „Für einen Mindestlohn von 8.500 Pesos“. Das sind umgerechnet etwa 280 Euro, ein Viertel dieser Summe. Der wirkliche Mindestlohn in Uruguay ist derzeit noch viel niedriger: mit 4.150 Pesos liegt er noch unter der offiziellen Armutsgrenze von 4.912 Pesos!

Diese Diskrepanzen ließen den Direktor des gewerkschaftlichen Instituts Cuesta-Duarte in Montevideo nicht ruhen. Ruben Villaverde wollte wissen, was und wie viel in einem „Brotkorb der Arbeiter“ liegen muss. Sein Institut wurde 1989 gegründet und nach zwei während der Militärdiktatur (1973–1985) ermordeten Kollegen benannt. Damit endlich ein verbindlicher Mindestlohn berechnet werden kann, führte es im Februar 2008 eine „Erhebung über Einkommen und Ausgaben der Haushalte“ durch. Ausgewählt



Kleine Läden in den Armenvierteln verkaufen zu höheren Preisen – doch zur Not wird gestundet

Foto: © Karl-Ludolf Hübener

wurden Arbeiter aus Industrie, Handel und Dienstleistungen, deren Löhne den offiziellen Mindestlöhnen möglichst nahe kamen. Sie wurden nach unentbehrlichen Ausgaben gefragt: Ernährung, Wohnung, Kleidung, Gesundheit, Haushaltsgüter, Transport und Kommunikation, Bildung und Freizeit. Für eine repräsentative Umfrage fehlten dem kleinen Institut sowohl Personal als auch Geld. Doch die Erhebung ergab einen eindeutigen Trend: Ärmere Haushalte zahlen für Nahrungsmittel wesentlich mehr als der Durchschnitt der uruguayischen Bevölkerung. Das bestätigte das Nationale Statistikinstitut (INE). Es wird Cuesta-Duarte künftig mit repräsentativen Daten zur Preisentwicklung versorgen, damit die Kosten für eine Grundversorgung kalkuliert werden können.

Mit einer „Kontrolle der Preise“ hat sich das Gewerkschaftsinstitut bereits beschäftigt. Teams von Gewerkschaftern haben auf dem Großmarkt, in Supermärkten und anderen Geschäften die Preise von Nahrungsmitteln notiert, die das Existenzminimum gewährleisten: Brot, Milchprodukte, Eier, Nudeln, Reis, Fleisch, Gemüse, Zucker, Salz, Speiseöl, Hähnchen und Mate-Tee. Dabei entdeckten sie rekordverdächtige Preissteigerungen. So kostete ein Kürbis im Großmarkt 3,50 Pesos, im Geschäft anschließend 16,50 Pesos. Ein Salatkopf, der beim Bauern für zwei Pesos zu haben war, lag im Supermarkt für 29 Pesos aus. Mafiaähnlich organisierte Zwischenhändler spekulieren mit Lebensmitteln, und Supermärkte hüten ihre Preisgestaltung „wie ein Staatsgeheimnis“, erfuh

Damit sich das ändert, hat sich Cuesta-Duarte regelmäßige Preisvergleiche vorgenommen. Sie sollen ein günstigeres Einkaufen, auch für den „Brotkorb der Arbeiter“, ermöglichen. Bislang ist Konsumentenberatung in Uruguay ein unbeschriebenes

Blatt. Bei den Medien will Villaverde auf großes Interesse gestoßen sein. Die Frage sei nur, wie die Anzeigenkunden diese schon „fast revolutionäre Handlung“ aufnehmen werden.



Auch kleinste Mengen im Angebot: Käsestand

Foto: © Karl-Ludolf Hübener

„In den reichen Vierteln sind die Preise am niedrigsten, in den ärmsten Vierteln dagegen am höchsten“, weiß Ruben Villaverde. Die kleinen Supermärkte, Kioske und Tante-Emma-Läden, die in Randbezirken ihre Waren anbieten, sind teuer. Gerade dort aber leben Arbeiter, die mit einer schmalen Lohntüte vorlieb nehmen müssen. Doch die Tante-Emma-Läden haben einen Vorteil: Dort werden auch vierzig Gramm Zucker abgewogen, drei Bonbons abgezählt, wird eine einzige Karotte und eine Zigarette verkauft. Und wenn das Geld nicht reicht, wird gestundet.

Karl-Ludolf Hübener

Der Autor ist freier Journalist in Uruguay



Foto: © Karl-Ludolf Hübener

Gewerkschaften fordern einen Mindestlohn von 8.500 Pesos



# Die Angst vorm Busfahren

**Personentransport in Nigeria ist gefährlich. Während Fahrer um ihr Einkommen und Fahrgäste um ihre Sicherheit bangen, plant der Staat Regulierung. Gewerkschafter sind Teil des Problems und arbeiten zugleich mit an der Lösung.**

Der Weg zur Bushaltestelle an diesem Abend war beängstigend. Normalerweise lässt der Verkehr zu dieser Zeit nach, aber der Busbahnhof war übervoll mit Passagieren. Als schließlich einige Wagen auftauchten, verlangten die Fahrer fast

auf und komme vor Mitternacht nicht zur Ruhe. Inzwischen sollte ich einen eigenen Bus besitzen, denn ich bin seit fast zehn Jahren im Geschäft. Aber es ist eher eine Geschichte voll Kummer. Nur kommerzielle Fahrer laufen in geflickten Kleidern herum, die bessere Tage gesehen haben. Der größte Teil dessen, was uns nach der Abgabe an die Besitzer zusteht, wird von diesen „Schleppern“, die sich Funktionäre der NURTW nennen, mit Gewalt genommen.“ Doch der Generalsekretär der Gewerkschaft im Bundesstaat Lagos, Stephen Falusi, hält die Vorwürfe gegen die Gewerkschaft



Regen verwandelt die Straßen in Schlammrinnen

Foto: © Murphy Prasebowa

diese Fahrzeuge nicht kauft.“ In Falusis Augen liegt die einzige Lösung in einer ordentlichen Zugangsregelung für diesen Sektor. Die Regierung des Bundesstaates Lagos arbeitet emsig an der Gründung eines Instituts für kommerzielle Fahrer. Dort sollen die Arbeitsweisen des Sektors vereinheitlicht werden, so dass bald nur noch qualifizierte Fahrer von diesem Institut Lizenzen für das Lenken kommerzieller Wagen bekommen.

In einem weiteren Versuch der Intervention hat die Regierung von Lagos im März dieses Jahres das Projekt „Schneller Bustransport“ auf den Weg gebracht. Es soll ein verlässliches und erschwingliches Transportsystem hervorbringen und wurde von der Regierung des Staates und der Gewerkschaft gemeinsam entwickelt. Die Busse gehören Mitgliedern der NURTW, welche bestätigte, dass mehr als eine Milliarde Naira (6,5 Millionen Euro) für die Beschaffung der ersten hundert großen Busse ausgegeben wurde, wobei sich der Wagenpark inzwischen vergrößert hat. Private Betreiber fürchten, dass das neue System sie aus dem Geschäft drängen soll. Die Gewerkschaft glaubt, die meisten ihrer Mitglieder werden wegen der neuen Busse wieder eingestellt werden, selbst wenn sie ihre Jobs zunächst verlieren sollten. Für die Gewerkschaften bleibt der Transportsektor eines ihrer mächtigsten Werkzeuge, auf das sie sich für den Erfolg von landesweiten Streiks schon oft verlassen haben.

Bimbola Oyesola

 Die Autorin ist freie Journalistin in Nigeria



Foto: © Bimbola Oyesola

Angestellte der Transportbehörde von Lagos eröffnen das Projekt „Schneller Bustransport“ mit der Gewerkschaft

500 Prozent mehr als sonst. Die Pendler reagierten mit lautem Geschrei; ihre Nerven lagen blank. Langsam wird dies zur Regel im Transportsektor. Betreiber erhöhen die Fahrpreise aus dem geringsten Anlass, z. B. Regen oder Verkehrsstaus.

Der Transport auf der Straße ist von privaten Bussen dominiert. Die verantwortliche Gewerkschaft ist die Nationale Union der Straßentransportarbeiter (NURTW), eine von 29 Mitgliedsgewerkschaften im Arbeitskongress von Nigeria (NLC). Doch die Gewerkschaftsfunktionäre werden von Fahrern der Erpressung beschuldigt. Angeblich bestimmen sie, wer was zahlt und setzen die Fahrpreise herauf, wie es ihnen und ihren „Paten“ passt. Den Fahrern gehören die Fahrzeuge meist nicht; sie müssen einen erheblichen Betrag des Geldes an die Eigentümer abgeben. So geben sie den Druck weiter an die Passagiere. Viele haben die Pendler großen Gefahren ausgesetzt; sie haben sie aufgenommen und dann beraubt oder sogar getötet. Latif Olipatan ist ein desillusionierter Fahrer: „Ich wache jeden Morgen um vier Uhr

für falsch: „Die Fahrer müssen eine bestimmte Summe am Ende des Tages beim Besitzer abgeben. Wenn sie wegen der überfüllten Straßen nicht genug Fahrten machen können, um diese Summe abzudecken, gibt es astronomische Preissteigerungen. Für eine Gewerkschaft ist es ganz unmöglich, privaten Besitzern den Betrag zu diktieren, den sie in Rechnung stellen sollten, solange sie



Desillusionierte Fahrer in Nigerias Transportsektor stehen unter dem Druck von Fahrzeugbesitzern und Kunden

Foto: © Louis Kreusel, flickr, cc 2.0

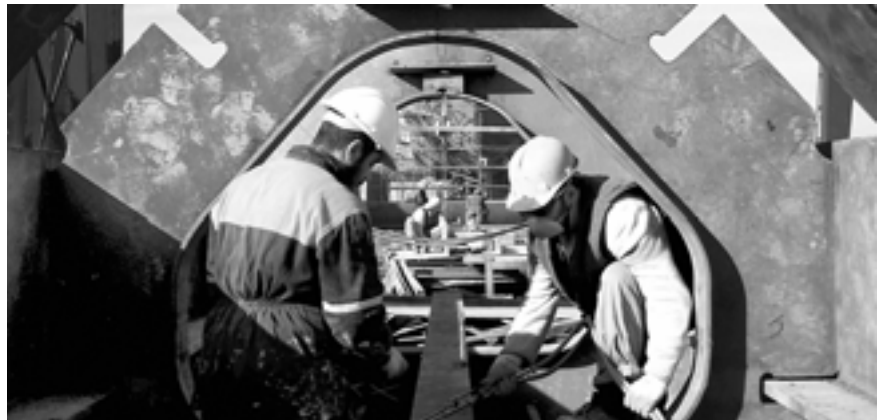


# Prekär ist tödlich

**35 Arbeiter sind 2007 und 2008 auf den Werften in der Türkei bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen. 28 von ihnen arbeiteten in der großen Schiffbauregion Tuzla bei Istanbul. Das Wachstum in der Schiffbauindustrie geschieht auf Kosten von Menschenleben.**

Obwohl die türkische Schiffbauindustrie am weltweiten Schiffsbaumarkt nur einen Anteil von etwa zwei Prozent hat, nimmt sie seit 2002 stetig und schnell zu. Dieser Sektor wächst weltweit, denn neue Bestimmungen der „International Maritime Organisation“ lassen die Nachfrage nach neuen und sicheren Schiffen explodieren. In der Region Tuzla, wo mehr als 80 Prozent der türkischen Schiffbauindustrie ansässig ist, antworten die Unternehmer auf diese Nachfrageexplosion mit Arbeitsintensivierung: sie verlängern die Arbeitszeiten und beschleunigen den Arbeitsprozess. Dabei wird etwa 90 Prozent der Produktion in Tuzla durch Arbeiter erledigt, die bei Subunternehmen beschäftigt sind. Der Arbeitsprozess ist derart fragmentiert, dass für die 46 Werften von Tuzla tausend bis 1.500 verschiedene Subunternehmungen tätig sind, die auch noch untereinander sehr heterogen sind. Sie sind juristisch unabhängig, jedoch ökonomisch von den Werftinhabern völlig abhängig. Bis zu 300 Arbeiter können in einem Subunternehmen beschäftigt sein. Daher gehören nur etwa 7.000 Arbeiter den Kernbelegschaften der Werften an, aber die Anzahl der indirekt, also bei Subunternehmungen Beschäftigten beträgt 20.000 bis 25.000. Indirekte Beschäftigung bedeutet weniger Arbeitssicherheit, schlechtere Löhne, unsichere Zukunft und eine sehr hohe Personalfuktuation. Sie ist eigentlich rechtswidrig, denn das türkische

Arbeitsrecht verbietet das Abtreten von Teilen der „eigentlichen Arbeit“ an Subunternehmen. Es sind aber fast ausschließlich die indirekten Werftarbeiter, die die „eigentliche Arbeit“ machen. Sie bauen – im Zweifel auf Kosten ihres eigenen Lebens – mittelgroße Tanker für den europäischen und den globalen Markt. Rechtswidrigkeiten sind in Tuzla eher die Regel als die Ausnahme. Arbeitszeiten von 15 bis 20 Stunden gehören dazu, Entlassung von gewerkschaftlich Aktiven, unregelmäßige Zahlungen zur Sozialversicherung und informelle Arbeit. Wie fatal sich das auswirkt, war nie so offensichtlich wie im letzten Jahr. Das



Die „eigentliche Arbeit“ leisten oft Beschäftigte von Subunternehmen für weniger Lohn

liegt nicht nur an der Serie von Arbeitsunfällen, sondern auch an den Kampagnen und Protestaktionen der Gewerkschaft Limter-İş, die die Hafen- und Schiffbauarbeiter organisiert. Sie hat, unterstützt von Berufsverbänden, Studierenden und anderen Gewerkschaften, im Februar und im Juni 2008 wegen der Todesfälle zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen. Der Generalsekretär



Unsichere Zukunft: Werft in Tuzla

von Limter-İş Cem Dinç stellt sie in einen Zusammenhang: „Tuzla ist nicht als ein isolierter Ausnahmefall zu sehen. Überall wo die Arbeitswelt prekariert und auf Kosten von Arbeitssicherheit flexibilisiert ist, haben wir als die Interessensvertreter der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen

dieselben Interessen. Die massive Ausbreitung verschiedenster Formen von prekärer Arbeit muss verhindert werden.“

Der europäische Metallgewerkschaftsbund (EMF) hat im Oktober 2008 sein jährliches Schiffbaukommissionstreffen in Istanbul abgehalten und eine Resolution gegen die Ausbreitung prekärer Arbeit verabschiedet. Das DGB Bildungswerk Hessen besuchte im Rahmen der Bildungsurlaubswoche „Leben und Arbeiten in Istanbul“ die Schiffbauregion Tuzla zum dritten Mal. Beide halten Kontakt mit Limter-İş, die schon seit Jahren aktive Öffentlichkeitskampagnen über die Gründe der Serie von Arbeitsunfällen macht. Ihr Bedarf an Solidarität von nationalen sowie internationalen Berufsverbänden, Gewerkschaften und der Öffentlichkeit ist groß.

Asli Odman

Die Autorin ist Sozialwissenschaftlerin in Istanbul

Link zur EMF-Resolution:  
[www.emf-fem.org/press/press\\_releases](http://www.emf-fem.org/press/press_releases)



Arbeitsschutz ist für indirekt Beschäftigte im Schiffbau schwer durchzusetzen

Foto: © Deniz Karateke

Foto: © Ekrem Erbiz

Foto: © Aysen Gürbüz





# Was Betriebsräte wissen

**Freistellung? Schulungen? Internationale Betriebsräte? Manche Gewerkschafter in Südafrika horchen auf bei solchen Worten. Dabei gibt es das auch in ihrem Land, zum Beispiel bei einigen großen deutschen Firmen. Doch wer Bezüge für Autositze in einer kleinen Zulieferfirma näht und sich um den Bestand seines Arbeitsplatzes sorgt, hat davon meist nichts gehört. Er – oder sie – kennt oft nicht einmal die Rechte, die es bei Elternschaft gibt.**

Zum Austausch über die Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen in deutschen Firmen sowie ihren Zulieferern in Südafrika haben sich im November etwa 50 Gewerkschafter, Betriebsräte und Mitarbeiter von gewerkschaftsnahen Wissenschaftseinrichtungen in Johannesburg versammelt. Eingeladen hatten das gewerkschaftliche Forschungsinstitut Naledi und die Gewerkschaften NUMSA (Metall) und CEPWAWU (Chemie, Energie, Holz und Papier). Sie trafen sich im Rahmen ihres gemeinsamen Projekts zur Stärkung von Arbeitnehmerrechten und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Südafrika. Dieses Mal waren auch internationale Gäste dabei, zum Beispiel aus Vietnam und Brasilien. In dem südamerikanischen Land gibt es bereits Erfahrungen mit dem Ansatz, Netzwerke von Arbeitnehmenden zu knüpfen, die in verschiedenen Standorten und bei den Zulieferern eines deutschen Unternehmens beschäftigt sind und nichts voneinander wissen. Sobald sich das änderte, konnten sie ihre Bedürfnisse gegenüber den Managern besser artikulieren und durchsetzen.



Foto: © Rob Rees

Südafrikaner diskutieren mit Kollegen aus Vietnam

In Südafrika geht es zunächst um die gegenseitige Information unter Kolleginnen und Kollegen. „Die Beschäftigten müssen erstmal herausfinden, ob es andere Betriebe derselben Firma im Land gibt“, berichtet der südafrikanische Projektkoordinator Rob Rees. „Wir haben für sie einen Fragebogen entwickelt, der nach Löhnen, Arbeitsbedingungen



Foto: © Cordula Kropfle

Ein Viertel der Beschäftigten in Südafrikas Automontage hat keinen dauerhaften Arbeitsplatz mehr: Werkhalle bei VW

und den Beziehungen zum Management fragt. Solche Informationen müssen auf Betriebsebene vorhanden sein, nicht nur in den Gewerkschaftszentralen.“ Rob Rees hat vier Papiere verfasst über die wirtschaftliche Situation in den Industrien, in denen es besonders viele deutsche Investitionen



Foto: © Rob Rees

Kollege Felipe aus Brasilien berichtet von Erfolgen

gibt: Automobil, Metall, Chemie und Maschinenbau. Die Erhebung der innerbetrieblichen Daten aber will das Forschungsinstitut Naledi den Gewerkschaftern nicht abnehmen: Sie sollen sie mithilfe der Fragebögen selbst beschaffen und dabei auch gleich lernen, wie man das macht, welche Schlüsse man aus Informationen ziehen und wie man die Ergebnisse in konkrete Handlungen umsetzen kann. „Das wichtigste Ziel des Projekts ist es, die Gewerkschaften zu stärken“, sagt Rob Rees. Wie ähnlich die Probleme international sind, hat Nina Berg vom DGB Bildungswerk, das dieses Projekt unterstützt, aus den Berichten der südafrikanischen Kolleginnen und Kollegen in Johannesburg entnommen: „Arbeitsplätze werden ausgelagert und abgebaut, Betriebsräte werden nicht angehört und kommen wegen ihres Engagements im Unternehmen nicht

weiter, der Arbeitsschutz ist mangelhaft“, berichtet sie von der Konferenz. Rob Rees weiß: „Probleme mit Löhnen gibt es weniger in den großen deutschen Firmen, sondern vor allem bei den Leiharbeitsfirmen“. Wer dort beschäftigt ist, verliert

seinen Job im Krisenfall zuerst. Leiharbeitsfirmen bringen auch Probleme für die gewerkschaftliche Organisation mit sich, weil sie den Industriebereichen nicht eindeutig zugeordnet werden können. „Angesichts der internationalen Krise geht es ums Organisieren selbst“, sagt der Naledi-Mitarbeiter. Das Treffen in Johannesburg hat nicht nur den Austausch zwischen Nord und Süd, sondern vor allem unter Kollegen aus verschiedenen Ländern im Süden in Gang gebracht.

Sigrid Thomsen

## T-Shirts mit Würde

„Die Würde kehrt zurück“ bedeutet das Label übersetzt, das auf fair produzierten T-Shirts der thailändischen Firma Dignity Returns prangt. Die Berliner Hilfsorganisation Inkota und Südwind Österreich wollen mit seinem Vertrieb eine Alternative zu den miserablen Arbeitsbedingungen in der weltweiten Textil- und Bekleidungsindustrie eröffnen. Die Herstellerinnen sind hier genossenschaftlich organisiert und legen Löhne und Arbeitsbedingungen selbst fest, heißt es in einer Mitteilung von Inkota am 27. Oktober 2008. „Es gibt keine Ausbeutung oder Belästigung. Keine Arbeitsrechtsverletzungen“, wird eine Mitarbeiterin zitiert. Ansonsten seien geregelte Arbeitszeiten, Überstundenvergütung oder Bezahlung im Krankheitsfall in dieser Industrie eine Seltenheit. Inkota vertreibt das T-Shirt zum Preis von 15 Euro. Der Erlös soll der Kampagnenarbeit für fairen Handel und eine Verbesserung der globalen Arbeitsbedingungen zugute kommen.

 Weitere Informationen: [www.inkota.de](http://www.inkota.de)



Notiert

## Ökologie in Belém

Für das Weltsozialforum in Belém im brasilianischen Amazonasgebiet bereitet das DGB Bildungswerk eine Veranstaltung zum Thema „Ökologie, Ökonomie und Menschenrechte“ vor. Das weltweite Treffen von Nichtregierungsorganisationen, konzipiert als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsgipfel in Davos, trifft sich vom 27. Januar bis zum 1. Februar 2009 zum sechsten Mal. Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen aus dem Amazonasgebiet hatten dem Internationalen Rat des Forums eigens die Wichtigkeit von Diskussionen über die Zerstörung der Wälder in ihrer Region und den Kampf gegen Klimawandel ans Herz gelegt.

Belém als Veranstaltungsort „gibt tausenden ethnischen Gruppen eine Stimme und zeigt zugleich die Bedrohungen durch die Invasion ihrer Territorien und die Ignoranz der öffentlichen Stellen auf“, heißt es in ihrem Brief. Zu den großen Themen des nicht konfessionellen und von Parteien und Regierungen unabhängigen Treffens gehören auch Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmerrechte und der Schutz von Minderheiten. Mehr als 20 deutsche Gewerkschaftsdelegierte werden dabei sein, u. a. aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der IG Metall und der IG Bergbau Chemie Energie (IG BCE). Vom Vorstand des DGB reist Dietmar Hexel mit.

Weitere Veranstaltungen der deutschen Gewerkschaften und ihrer Partner in Belém werden sich mit der sozialen Verantwortung von Unternehmen und Arbeitnehmernetzwerken in multinationalen Unternehmen befassen sowie mit der Herstellungskette in der Aluminiumproduktion. Dazu ist auch ein Werksbesuch in Bacarena geplant.

Weitere Informationen:  
e-mail: kerstin.roeske@dgb-bildungswerk.de

## Platz am Tisch

Bei künftigen Verhandlungen der G 20-Staaten über die Bewältigung der internationalen Finanzkrise wollen die Gewerkschaften mitreden. Das sei die wichtigste Forderung einer von den internationalen Gewerkschaften in Washington verab-

schiedeten Erklärung, sagte Wolfgang Lutterbach, Leiter der internationalen Abteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), nach seiner Rückkehr aus den USA Ende November.

Einen Tag vor dem Finanzgipfel der G 20 hatten sich am 14. November die Mitgliedsverbände des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und die Global Unions getroffen und die „Washington Declaration“ verabschiedet. Darin werden die Regierungen angemahnt, nicht nur die Regelung des Finanzsystems in Angriff zu nehmen, sondern auch Konjunktur stützende Maßnahmen zur Bewältigung der Krisen in den nationalen Ökonomien. Einzelne nationale Gewerkschaftsbünde haben in Washington das Gespräch mit ihren jeweiligen Regierungsvertretern über diese Forderungen gesucht. Der DGB hatte die Bundeskanzlerin und den Außenminister bereits im Vorfeld informiert. Der Exekutivausschuss des IGB wird vom 11. bis 18. Dezember in Brüssel über das weitere Vorgehen beraten. Vom 13. bis 15. Januar 2009 treffen sich dann Vertreter des IGB mit Repräsentanten von Weltbank und Internationalem Währungsfonds.

Die internationalen Finanzinstitutionen können beim Auffangen des Abschwungs in den armen Ländern eine wichtige Rolle spielen, so Wolfgang Lutterbach. Wenn sich die Regierungschefs der G 20 im April wieder treffen, um die Regulierungsvorschläge ihrer Finanzminister zu diskutieren, wollen die Gewerkschaften mit am Tisch sitzen.

Wortlaut der „Washington Declaration“:  
[www.tuac.org](http://www.tuac.org)

## Faires Kicken 2010

„Kick for one world“ lautet das Motto einer Kampagne zur Fußballweltmeisterschaft in Südafrika, die die Spiele auch für Straßenhändlerinnen und -händler lohnenswert machen möchte. Dieses Anliegen haben zehn deutsche Nichtregierungsorganisationen im September dem Präsidenten des Weltfußballverbandes vorgetragen. Sie setzen sich für ein Verkaufsrecht innerhalb und außerhalb der Bannmeile ein. Zu den Forderungen der Kampagne, die von der „Koordination Südliches Afrika“ initiiert wurde, gehört auch die Möglichkeit von

„public viewing“ und das Vermeiden von Vertreibungen der armen Bevölkerung.

Eine weitere Kampagne wurde unter dem Titel „Fair Games – Fair Play“ von südafrikanischen Gewerkschaften und dem Internationalen Bund der Bau- und Holzarbeiter (BHI) auf den Weg gebracht. Auf ihre Initiative hat FIFA bereits im vergangenen Jahr ein Memorandum für faire Arbeitsbedingungen auf den Baustellen der WM-Stadien unterzeichnet, das auch von den großen Bauunternehmerverbänden in Südafrika unterschrieben wurde.



FIFA-Präsident Blatter nimmt Gewerkschaftsforderungen an

Nach mehreren Streiks 2007 und 2008 setzten die Gewerkschaften Verbesserungen bei der Entlohnung und den Spesen für die Arbeiter auf WM-Baustellen durch. Die FIFA sagte zu, bei den Inspektionen der Baustellen Gewerkschaften hinzuzuziehen und auch bei zukünftigen Großveranstaltungen (zum Beispiel Worldcup Brasilien 2014) den Dialog mit den Gewerkschaften fortzusetzen.

Weitere Informationen: [www.kick-for-one-world.net](http://www.kick-for-one-world.net)  
„Sport des Südens“ – Broschüre des DGB Bildungswerks

## Termin

06.02.–07.02.2009

CCC Aktionstreffen: „Wie fair ist fair? – ‚Saubere‘ Kleidung auf dem Prüfstand“  
| DGB Tagungszentrum Hattingen

Anmeldung und Informationen:

[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

## Impressum

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich  
Verantwortlich: Nina Berg  
Redaktion: Sigrid Thomsen  
Layout: Achim Konopatzki  
Druck: graphik und druck Köln,  
gedruckt auf FSC-Papier

DGB Bildungswerk e.V. | Nord Süd Netz  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211/4301 371, Fax: 0211/4301 500  
e-mail: [nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)  
Internet: [www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)  
**Spendenkonto: SEB Bank AG,  
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11**



DGB BILDUNGSWERK